

> Berlin aktuell

Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Bundeshaushalt auf einem guten Weg vorwärts!

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,**

meine erste Wahlperiode im Deutschen Bundestag neigt sich ihrem Ende zu. Am letzten Wochenende im September haben Sie mir erneut Ihr Vertrauen ausgesprochen. Dafür Danke ich Ihnen! Vertrauen für eine weitere Wahlperiode, dafür, dass ich mich in Berlin für unsere Interessen, die Interessen Nordfrieslands und Dithmarschen-Nords einsetzen kann. Dafür möchte ich mich gern auch künftig engagieren. Und es gibt viel zu tun.

Das Haushaltsgesetz für das Jahr 2009 stand in der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause im Mittelpunkt der Beratungen. Zugleich beschäftigen wir uns mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise, die die gesamte Weltwirtschaft vor gewaltige Herausforderungen stellt.

Der Haushalt 2009 sieht Ausgaben in Höhe von 288,4 Milliarden Euro vor. Die Investitionen im Bundeshaushalt werden um 1 Milliarde Euro gegenüber 2008 steigen, vor allen Dingen in den Bereichen Forschung, Bildung, Entwicklung sowie Verkehr. Die Investitionsausgaben erreichen eine Höhe von durchgängig 25 Milliarden Euro jährlich bis zum Jahr 2012. Sie sind wichtige Impulse für die Wirtschaft. Mit dem Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 wird damit nicht nur der Konsolidierungskurs weiter fortgesetzt, sondern auch die wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgaben gestärkt. Die zukunftsorientierten Bereiche Klimaschutz, Forschung und Entwicklung sowie Entwicklungshilfe werden spürbar ausgebaut. Neben dem neu eingeführten Elterngeld, dem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und den Verbesserungen beim Kinderzuschlag für Geringverdiener ist die geplante Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag ab 2009 ein zentrales Anliegen der Familienpolitik. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen alle Voraussetzungen für eine weitere Absenkung des Beitragssatzes der Bundesagentur für Arbeit ab 2009 geschaffen werden. Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit müssen noch intensivere Anstrengungen zur Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen unternommen werden. Sorgen macht uns Unionspolitikern die derzeitigen Auseinandersetzungen in der SPD: Bekennt sich die Parteiführung zu den Erfolgen der Sozial- und Ar-

beitsmarkt-reformen oder folgt sie den Forderungen des linken Flügels nach höheren Transferleistungen und Rücknahme der Reformen? Angesichts der Zerrissenheit der SPD aber auch in der Krise der Finanzmärkte, ist die Union als der stabile Pfeiler der großen Koalition umso mehr gefordert. Auf sie kommt es deshalb an, wenn auch im letzten Jahr der Legislaturperiode wichtige politische Projekte entschlossen angegangen werden sollen. Vor uns liegt noch viel Arbeit: Reform der Erbschaftssteuer, Föderalismusreform II, Senkung der Lohnnebenkosten sind nur einige wichtige Stichworte. Im Umweltbereich steht das Umweltgesetzbuch auf der Tagesordnung. Wichtige Themen, die die Große Koalition vor dem beginnenden Wahlkampf noch zu erledigen hat.

Auf ein gutes Gelingen unserer politischen Vorhaben!

Ihr



Ingbert Liebing, MdB



Benthe Libner, Amrumerin, zeigt auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes Ihre prachtvolle Friesentracht. Während Ihres Praktikums im Bundestag begleitete sie Ingbert Liebing zum einen oder anderen Termin—leider ohne ihre Tracht, da diese aufwendig anzuziehen ist und daher nur bei besonderen Anlässen getragen wird.

Themen im Umweltausschuss des Bundestages Neues zum EEG—Erdkabelausbau vorantreiben—Weltnaturerbe Wattenmeer

Neues zum EEG

Am 6. Juni 2008 hat der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verabschiedet. Bei der Neufassung des EEG war der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend, in dem Ingbert Liebing, CDU-Bundestagsabgeordneter für Nordfriesland und Dithmarschen-Nord, ordentliches Mitglied ist. Weil das neue EEG die Rahmenbedingungen für den Ausbau Erneuerbarer Energien im Strombereich verbessert, den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung trägt und verstärkt auf die Herstellung ihrer Marktfähigkeit setzt, zeigte sich Liebing mit dem Verhandlungsergebnis zufrieden. Das neue EEG wird zum 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Erklärtes Ziel der Regierungskoalition ist es, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Davon wird Schleswig-Holstein, wo insbesondere die Wind- und Biogas-Branche bereits heute eine hohe wirtschaftliche Bedeutung haben, in besonderem Maße profitieren.

Erdkabel „Breklum-Flensburg“

Nach intensiven Diskussionen hat die Bundesregierung den Weg für Erdkabel frei gemacht – allerdings nur für vier Pilotprojekte auf der 380 kv-Höchstspannungsebene. Diese Projekte liegen zudem überwiegend in Thüringen und Niedersachsen. Dies ist dem Entwurf zum „Energieleitungsausbau-Gesetz (Elag)“ zu entnehmen. Das wurde am 18. Juni 2008 im Rahmen des „2. Integrierten Energie- und Klimapakets (IEKP)“ der Bundesregierung vorgestellt. Das IEKP soll nach der Sommerpause 2008 den Bundestag passieren. Im Rahmen der parlamentarischen Diskussion wird es um den Vorschlag der Bundesregierung gehen, dass die geplanten Pilotprojekte durch eine bundesweite Umlage finanziert werden sollen. Dann müssten schleswig-holsteinische Stromkunden für Erdkabel-Projekte in anderen Bundesländern zahlen, ohne selbst von einem möglichst schnellen Netzausbau zu profitieren. Die Netzverstärkung ist für Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung, um die vorhandenen Engpässe zu beseitigen und den Strom der hier aus erneuerbaren Energien erzeugt werden kann, tatsächlich in das übergeordnete Netz einzuspeisen. Wenn Planfeststellungsverfahren für Freileitungen der Vorzug vor Erdkabeln gegeben wird, bleibt das Risiko deutlicher zeitlicher Verzögerungen durch die

zu erwartenden Klageverfahren. Jetzt geht es um Konkretisierung, um die Chancen für ein Erdkabel Breklum-Flensburg doch noch zu erhalten.

Weltnaturerbe Wattenmeer

Das Wattenmeer ist eine im weltweiten Maßstab einzigartige Naturlandschaft. Aus diesem Grund streben die Bundesregierung in Kooperation mit den Niederlanden und den Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Anerkennung des Wattenmeeres als UNESCO-Weltnaturerbe an. Zu diesem Zweck haben die Akteure am 1. Februar 2008 einen gemeinsamen Antrag bei der UNESCO eingereicht, der derzeit in Paris bearbeitet wird. Die Entscheidung über eine mögliche Aufnahme des Wattenmeeres in das Weltnaturerbe soll im Sommer 2009 fallen. Im Sommer fand eine Erkundung im Auftrag der UNESCO statt, an der auch Ingbert Liebing teilnahm, um Interessen der Region zu vertreten. Neben einer gesellschaftlichen und politischen Wertschätzung für das Schutzgebiet und den Naturschutz verbinden die Antragssteller mit dem Titel „Welterbestätte“ große Chancen für die Region. Mit Bedauern wurde im Januar 2008 auf die Entscheidung des Hamburger Senats reagiert, aufgrund möglicher zusätzlicher Erschwernisse für die Elb-Vertiefung keine Nominierung des Hamburgischen Wattenmeeres als UNESCO Weltnaturerbe zu beschließen. Vor dem Hintergrund dieser umstrittenen Entscheidung muss darauf hingewiesen werden, dass mit der Ausweisung des Wattenmeeres als Welterbestätte keine neuen Naturschutzaufgaben verbunden sind. Die Bewerbung basiert ausschließlich auf jetzt schon geltendem Recht. Darüber hinaus sind keine zusätzlichen einschränkenden Schutzvorschriften mit einer Anerkennung als Weltnaturerbe verbunden.

Worum geht es beim UGB?

Das Thema UGB (Umweltgesetzbuch) beschäftigt die AG Umwelt der Fraktion. Das UGB ist ein Gesetzesvorhaben auf Bundesebene, mit dem das deutsche Umweltrecht kodifiziert, d.h. ein zusammenhängendes Gesetzeswerk entstehen soll. Im Bundestag finden dazu gerade umfangreiche Beratungen statt. Das Ziel der CDU/CSU-Fraktion ist es, eine Zusammenführung bestehender Gesetze mit Umweltrelevanz zu erreichen, wir wollen aber keine Verschärfung derzeit bestehenden Rechts. Bisher gibt es einen Referentenentwurf aus dem Bundesumweltministerium, das Kabinett entscheidet in Kürze, bevor im Dezember die parlamentarischen Beratungen beginnen.

Rückblick: Für die Bürger unterwegs im Wahlkreis

Termine in der parlamentarischen Sommerpause

Hier schildere ich - exemplarisch für andere Arbeitswochen in meinem Wahlkreis - meine Termine und Besuche, die ich in der letzten Woche der parlamentarischen Sommerpause absolviert habe. Diesen Wochenrückblick finden Sie auch jede Woche auf meiner Internetseite www.ingbert-liebing.de!

Die Woche begann am Montag mit einem Tag auf Sylt. Wie üblich, wenn ich zu Hause in Morsum auf Sylt bin, habe ich morgens um 06.00 Uhr meine beiden Töchter geweckt, mit ihnen gefrühstückt und sie auf den Weg zur Schule geschickt. Anschließend waren Büroarbeiten angesagt. Aus meinem Berliner Büro forderte ich Unterlagen für ein Gespräch an, das ich am Wochenende vereinbart hatte, und zu dem ich mich um 11.30 Uhr mit einer Bürgerin aus meinem Wahlkreis im Westerländer Café Wien traf. Sie und ihr Lebensgefährte sind Seeleute, die auch die Schifffahrtsroute um das Horn von Afrika nutzen. Sie sind in Sorge um die dort zunehmende Piraterie. Anhand der mir aus Berlin übermittelten Unterlagen konnte ich ihr den aktuellen Sachstand aus den Verhandlungen der Koalition und der Regierung erläutern. Zielsetzung ist es, dass die Bundesmarine gegen Piraten zum Schutz der deutschen Handelsflotte eingesetzt werden kann. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes ein. Nachmittags: Büroarbeit auf Sylt.

Am Dienstag nehme ich den Zug um 07.34 Uhr ab Morsum und fahre nach Husum. Dort habe ich eine halbe Stunde Zeit, um die wichtigsten Dinge mit meinen Mitarbeiterinnen im Wahlkreisbüro und in der CDU-Kreisgeschäftsstelle zu besprechen. Anschließend geht es zur Messe Husum-Wind. Diese weltweite Leitmesse für die Windkraftbranche wird in diesem Jahr von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, meinem CSU-Fraktionskollegen, und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen eröffnet. Anschließend findet in Neumünster die Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Schleswig-Holstein (KPV) statt, deren Landesvorsitzender ich bin. So obliegt mir die Begrüßung, Versammlungsleitung, Moderation einer Podiumsdiskussion zum Landesentwicklungsplan. In meinem Rechenschaftsbericht nehme ich zur aktuellen Diskussion über die Verwaltungsstrukturreform Stellung. Ich werbe für mehr Handlungsfreiheit für die Kommunen. Um Mitternacht bin ich in Klanxbüll und komme mit dem letzten Zug auf die Insel zurück: 00.30 Uhr zu Hause.

Mittwoch, 10. September: 06.00 Uhr Aufstehen, Frühstück mit den Kindern. Mein erster Termin führt mich nach Struckum zur Spedition Sterner, die mich zu einem Gespräch eingeladen hatte, da sie in Sorge ist um die zunehmenden Belastungen aus der von Bundesverkehrsminister Tiefensee geplanten Mauterhöhung. Die Pläne des Bundesverkehrsministers werden insbesondere kleinere Speditionen stärker treffen. Ich nehme die Informationen mit für Gespräche in Berlin. Von Struckum geht es nach Husum ins Wahlkreisbüro zu Besprechungen mit Mitarbeitern und Telefonaten. Anschließend fahre ich weiter nach Kiel. Dort führe ich ein

Holstein. Seit drei Monaten bin ich ordentliches Mitglied im Tourismusausschuss des Bundestages und versuche, Informationen und politische Erwartungen an die Bundesebene in der Tourismusbranche Schleswig-Holsteins aufzunehmen. Ich erreiche den vorletzten Zug ab Klanxbüll, mit dem ich um 23.30 Uhr in Morsum zu Hause ankomme. Feierabend.

Am Donnerstag kann ich zwar noch die Kinder wieder wie gewohnt um 06.00 Uhr wecken, aber mit einem gemeinsamen Frühstück wird es nichts mehr. Bereits um 06.34 Uhr nehme ich den Zug ab Morsum nach Klanxbüll und fahre mit dem Wagen nach Dagebüll. Von dort aus geht es mit der Fähre nach Amrum, wo ich ein ganztägiges Besuchsprogramm absolviere. Kein anderer Bundestagswahlkreis hat so viele Inseln und Halligen wie mein Wahlkreis Nordfriesland-Dithmarschen/Nord. Bisher habe ich es geschafft, als Abgeordneter jedes Jahr auf die Inseln Föhr, Amrum und Pellworm zu fahren. Ich höre, wo Küstenschutzmaßnahmen dringend notwendig sind, aber nicht wie gewünscht vorankommen. Ich sage zu, die Amrumer Belange gegenüber der Landesregierung zu unterstützen. Mit dem Besuch in der neuen gemeinsamen Tourismuszentrale von WDR und Amrum-Touristik, in der Verwaltung von Amrum-Touristik, zwei Besuchen von relevanten Küstenschutzabschnitten, einem Gespräch mit Mitgliedern des Amtsausschusses des neuen Amtes Föhr-Amrum und einer Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbandes Amrum ist der Tag gut gefüllt.

Am Freitag beginnt der Tag wieder mit Schreibtischarbeiten: Vorbereitung auf eine Klausurtagung der Arbeitsgruppe „Umwelt“, die am Wochenende in Berlin stattfindet. Um 10.04 Uhr fahre ich aufs Festland, zur Beisetzung von Dr. Wolfgang Fuchs, langjähriges CDU-Mitglied. Ich hatte Dr. Wolfgang Fuchs bei etlichen Gelegenheiten als eine großartige Persönlichkeit kennen und schätzen gelernt. Von Karlum fahre ich nach Husum: im Wahlkreisbüro erledige ich Post und Telefonate, bevor ich zum CDU-Ortsverband Langenhorn fahre. Dort steht die Neuwahl des Vorstandes auf dem Programm und die Ehrung von zwei langjährigen Mitgliedern: der Ortsvorsitzende Horst Saeger und seine Frau Jutta sind beide seit 40 Jahren Mitglieder der CDU, die dafür ein besonderes Dankeschön verdienen. Mit dem vorletzten Zug komme ich um 23.30 Uhr zu Hause in Morsum an. Feierabend.

Am Sonnabend habe ich keine Termine: jetzt bleibt auch etwas Zeit für die Familie. Mit den Kindern spiele ich Monopoly, das derzeit hoch im Kurs ist. Jubel bei den Kindern: Papa verliert.

Aber ganz ohne Arbeit geht es an diesem Tag auch nicht: letzte Vorbereitungen für die Klausurtagung der Arbeitsgruppe „Umwelt“ sind zu erledigen, und die Sachen werden gepackt für die Reise am Sonntag nach Berlin.

Am Sonntag bleibt nur kurze Zeit für ein gemeinsames Familienfrühstück. Um 08.34 Uhr nehme ich den Zug aufs Festland und fahre nach Berlin, wo um 14.30 Uhr die Klausurtagung der Arbeitsgruppe „Umwelt“ beginnt. Wir tagen bis 21.00 Uhr. Berlin hat mich nach 11 Wochen parlamentarischer Sommerpause wieder.

Gewerbsteuer für Gemeinden mit Windkraftanlagen

Für eine gesetzliche Regelung zur Absicherung von Gewerbesteuer-einnahmen für Gemeinden mit Windkraftanlagen setzt sich Ingbert Liebing derzeit verstärkt ein. Gesetzlicher Handlungsbedarf ist notwendig, nachdem der Bundesfinanzhof in einem Urteil entschieden hatte, dass die bisherige Praxis der Gewerbesteuerzerlegung nicht mehr fortgesetzt werden dürfte. Für Bürgerwindparks ändert sich allerdings nichts.

Problem ist folgendes: Schon vor dem Urteil des Bundesfinanzhofes gab es keine bundesweit einheitliche Regelung für die Abführung der Gewerbsteuer für Windkraftbetreiber. In Schleswig-Holstein hat bisher eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Land dafür gesorgt, dass die gängige Praxis eine 1:1 Aufteilung der Gewerbsteuer zwischen Standortgemeinde und Geschäftsleitungsgemeinde vorsieht.

Diese Regelung ist nun hinfällig mit dem Urteil des Bundesfinanzhofes, auch wenn sich die beteiligten Anlagenbetreiber und Standortgemeinden weiterhin auf der Basis von § 33 Abs. 2 Gewerbesteuergesetz über eine Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages einigen könnten. In der

Praxis funktioniert eine freiwillige Vereinbarung nicht, da dies den freiwilligen Einnahmeverzicht einer Gemeinde voraussetzt. Die Gemeinde, in der eine Windparkinvestorengesellschaft ihren Sitz hat, ist nicht verpflichtet, einen Anteil ihrer Gewerbesteuer an die Standortgemeinde des Windparks abzuführen. Wenn aber Standortgemeinden keinen Vorteil von den Windparks haben, wird es keine neuen Windparkflächen geben und

die Klimaziele nicht erreicht.

Diesen Ertrag allein den Sitzgemeinden von Investitionsgesellschaften, die über ganz Deutschland verteilt sein können, zuzuordnen, ist nicht sachgerecht. Hier ist der Gesetzgeber gefordert. Eine entsprechende Initiative hat S-H im Bundesrat im Rahmen des Jahressteuergesetzes eingebracht. Jetzt wirbt Ingbert Liebing für eine Mehrheit in der Fraktion und der Koalition.



Bei seiner Kirchentour in Eiderstedt, zusammen mit Albert Pahl (Kreispräsident, links im Bild) und Landtagsabgeordnete Ursula Sassen, lobte Ingbert Liebing – hier im Gespräch mit Sönke Hansen (Pastor) und Peter Engelhardt (beide vom Förderverein Eiderstädter Kirchen) die Bemühungen zur Erhaltung der Kirchen als Kulturgut.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 173

📠 (030) 227 – 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Antonia Schabel, Regine Sternebeck

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Johanna Papke, Katrin Jensen, Hannes Fuhrig

Heckenweg 1

25813 Husum

☎ (04841) 23 28

📠 (04841) 800 180

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen

Hamburger Str. 7

25746 Heide

☎ (0481) 34 06

📠 (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

